



## Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD**

### **Diesel-Diskussion: Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz gleichzeitig verwirklichen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mündlich und schriftlich darüber zu berichten, wie sie betroffenen Besitzern von Dieselautos zu ihrem Recht verhelfen möchte und mit Blick auf Gesundheits- und Umweltschutz sowie auf die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher eine Verkehrswende in Bayern verwirklichen möchte.

Eingegangen werden soll dabei besonders auf folgende Fragen:

1. Wie viele Verbraucherinnen und Verbraucher haben in Bayern bis jetzt von den diversen Umtauschprämien der Autohersteller Gebrauch gemacht?
2. Wie viele betroffene Autos sind nach Informationen der Staatsregierung nicht umgetauscht und noch in Gebrauch?
3. Was tut die Staatsregierung, um die Gerichtsurteile bezüglich Luftreinhalteplänen zu Stickoxiden umzusetzen?
4. Wie steht die Staatsregierung zur Entschädigung von betroffenen Käuferinnen und Käufern durch die Autokonzerne?
5. Ist die Staatsregierung der Auffassung, der Schutz von bayerischen Autokäuferinnen und -käufern dürfe nicht zulasten bayerischer Autokonzerne gehen?
6. Sieht die Staatsregierung negative Auswirkungen von Feinstaub und Stickoxid auf die Gesundheit und die Umwelt? Wenn ja, welche?
7. Teilt die Staatsregierung die Auffassung des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, die Debatte um nötige Grenzwerte für Stickoxide und andere Schadstoffe sei „masochistisch“?
8. Stellt die Staatsregierung den breiten wissenschaftlichen Konsens über die notwendigen Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxid und deren EU-weit festgelegte Höhe in Frage, wie dies der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, tut?
9. Welche Rolle spielt der Verkehr in Bayern nach Meinung der Staatsregierung für den Ausstoß von Treibhausgasen?
10. Teilt die Staatsregierung die Auffassung, dass eine Verkehrswende in Bayern nötig sei? Wenn ja, wie soll diese Verkehrswende aussehen und politisch gestaltet werden?

**Begründung:**

Durch den „Dieselskandal“ wurden über viele Jahre hinweg Käuferinnen und Käufer von Dieselaautos mit falschen Angaben und teils gefälschten Messungen zu Schadstoffausstoß und Spritverbrauch betrogen. Den Käuferinnen und Käufern von Dieselaautos drohen nun Fahrverbote in Innenstädten, ein Wertverlust des Autos, erhöhter Kraftstoffverbrauch, mögliche Steuererhöhungen und technische Probleme durch ein angebotenes Software-Update.

Die Staatsregierung schreckt, so wird ihr vorgeworfen, vor deutlichen Schritten im Verbraucherschutz zurück, die zulasten der bayerischen Autounternehmen gehen würden.

Des Weiteren ist ein politischer Richtungswechsel der Staatsregierung in der Verkehrspolitik nicht zu erkennen. Autos und Lkw müssen sauberer werden, der Güterverkehr muss stärker von der Straße auf die Schiene und der Personenverkehr vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Personenverkehr verlagert werden.